

KVG - Der Staat zieht sich nicht aus der Verantwortung



THOMAS BANZER

FBP-PRÄSIDENT

Die Freie Liste wird nicht müde zu behaupten, dass der Staat sich aus der Verantwortung stehle, weil er beim Staatsbeitrag an die Krankenkasse die Sparschraube angesetzt hat. Ausserdem wird beständig die Angst vor einer drohenden Entsolidarisierung geschürt. Ja, es stimmt, dass insgesamt 19 Millionen Franken eingespart wurden, aber wie viel leistet der Staat denn heute immer noch und ist das wirklich unsozial?

Im Jahr 2015 wird der Staat über Staatsbeiträge an die Spitäler (25 Mio. Fr.), Staatsbeiträge für Kinder (9 Mio. Fr.), Staatsbeiträge für die übrigen Versicherten (33 Mio. Fr.) und Prämienvergünstigungen (5 Mio. Fr.) ausrichten. Gesamthaft sind dies 72 Millionen Franken. Zum Vergleich: Die Höhe der Vermögens- und Erwerbssteuer für das Land wird für dieses Jahr mit 79.7 Millionen veranschlagt. Wir geben also fast die gesamten Einnahmen aus der Vermögens- und Erwerbssteuer, also die Steuern, die Privatpersonen bezahlen, für das Gesundheitswesen aus. Das ist unglaublich, aber wahr!

Sehr solidarisches System

Kürzlich wurde als Antwort auf eine kleine Anfrage deutlich, dass rund 28 Prozent der Bevölkerung keine und nochmal rund 19 Prozent zwischen 1 und 1000 Franken an Landes- und Gemeindesteuern bezahlen. D. h. also, dass total fast die Hälfte der Einwohner Liechtensteins unter 1000 Franken pro Jahr an Steuern bezahlt. Wenn wir dann weiter schauen, bezahlen 300 Personen rund 47 Prozent der Steuern. Da ja die Steuereinnahmen praktisch zur Gänze in das Gesundheitswesen fließen (72 Mio. Fr. von total 79.7 Mio. Fr.), kann also durchaus von hoher Solidarität und von einer einkommens- und sogar vermögensabhängigen Finanzierung unseres Gesundheitssystems gesprochen werden. Die Besserverdiener zahlen über die Steuern mehr ins System ein und diejenigen Personen, die darauf angewiesen sind, erhalten - mit dem neuen KVG - verbesserte Bedingungen bei Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligungen. Das ist für mich sogar sehr solidarisch und berücksichtigt bereits heute die Einkommens- und Vermögenssituation unserer Bevölkerung in hohem Masse.